

Wildbader Chronik

Amtsblatt
für die Stadt Wildbad.

Erscheint **Dienstags, Donnerstags und Samstags.**
Bestellpreis vierteljährlich 1 Mk. 10 Pfg. Bei allen württembergischen Postanstalten und Boten im Orts- u. Nachbarortsverkehr vierteljährlich 1 Mk. 15 Pfg.; außerhalb desselben 1 Mk. 20 Pfg.; hiezu 15 Pfg. Bestellgeld.



Anzeiger
für Wildbad u. Umgebung

Die Einrückungsgebühr
beträgt für die einspaltige Zeile oder deren Raum 8 Pfg. auswärts 10 Pfg., Reklamezeile 20 Pfg. Anzeigen müssen den Tag zuvor aufgegeben werden. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt.

Hiezu: **Illustriertes Sonntagsblatt** und während der Saison: **Ämliche Fremdenliste.**

Nr. 148.

Samstag, den 15. Dezember 1906.

42. Jahrgang.

Rundschau.

Stuttgart, 12. Dez. Der König hat den Kabinettschef, Geh. Legationsrat Freiherr von Gemmingen-Guttenberg, zum Wirklichen Staatsrat und ordentlichen Mitgliede des Geheimen Rates ernannt und ihn unter Verleihung des Komturkreuzes erster Klasse des Friedrichsordens mit den Funktionen eines ständigen Rates des Staatsministeriums betraut.

Dem „Staatsanzeiger“ zufolge ist an Stelle des zum Wirklichen Staatsrat ernannten Frhr. v. Gemmingen der frühere Minister des Auswärtigen Frhr. v. Soden zum Chef des kgl. Kabinetts ernannt worden.

Stuttgart, 12. Dez. Beträchtliches Aufsehen erregt in Eßlingen wie auch in Stuttgart der Selbstmord des Stadtpflegers Reiser von Eßlingen, welcher vorgestern auf dem Steigfriedhofe in Cannstatt vergiftet aufgefunden wurde. Die Angelegenheit steht in einem gewissen indirekten Zusammenhang mit der Auslieferung des auch in unserer Zeitung besprochenen Briefes des Oberbürgermeisters Mülberger an den Minister des Innern v. Bischoff, welcher von der „Schwäbischen Tagwacht“ veröffentlicht wurde. Als derjenige, welcher das Konzept des Briefes einem Eßlinger Sozialdemokraten übergeben haben soll, ist der seitherige Sekretär des Stadtschultheißenamtes, Mangold angesehen und entlassen worden. Mangold hat nach seiner Entlassung mit Enthüllungen gedroht, und als Folge dieser Drohungen wird der freiwillige Tod des Stadtpflegers angesehen. Die Kasse des Stadtpflegers ist, wie wir hören, in Ordnung. Die Vermögensverhältnisse des Verstorbenen wurden allgemein als gute angesehen. Zur Untersuchung der bis jetzt noch dunklen Angelegenheit ist vom Gemeinderat eine Kommission eingesetzt worden.

Ludwigsburg, 13. Dez. Auf dem Rathhaus in Wehingen fand dieser Tage eine Besprechung statt über die Einsprachen, die von verschiedenen Seiten gegen die von Stuttgart zu einem Elektrizitätswerk geplante Wasserkraftanlage Benningen-Wehingen (etwa 2000 Pferdekraft) erhoben worden sind. Für die Gemeinden des Vottwartals war vom Oberamtsvorstand in Marbach Einspruch erhoben worden. Schultheiß Lutz-Wehingen erklärte, daß seine Gemeinde die wertvolle Wasserkraft dem Oberamt, zu dem sie gehöre, zu erhalten suchen werde. Die Kreisregierung hat nun die Entscheidung zu treffen.

Calw, 12. Dez. Gutspächter Fahrion auf Hof Dide (Bund der Landwirte) ist von seiner Kandidatur zu Gunsten des Schultheißen Scholl in Unterreichenbach zurückgetreten. Da auch der sozialdemokratische Kandidat Oster verzichtet wird, so stehen sich nur 2 Kandidaten gegenüber, Scholl von der Deutschen Partei, der von dem Bund der Landwirte und den Konservativen unterstützt wird, und Berw.-Alt. Staudenmeyer, der Kandidat der Volkspartei, den auch die Sozialdemokratie wählen soll. Bei der Hauptwahl erzielten Scholl und Fahrion zusammen 2363 St., Staudenmeyer samt Oster 2397 St. Von 5668 Wahlberechtigten haben 4765 abgestimmt, so daß in der Reserve nur

noch 903 Wähler sind. Zweifellos wird sich noch ein heißer Wahlkampf entspinnen.

Tübingen, 12. Dez. (Strafkammer). Wegen Betrugs im Rückfall wurde der Dienstknecht Johannes Hörz von Plattenhardt zu 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus, 150 Mk. und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt. Im vergangenen Sommer war Hörz in Herrenalb bedienstet und spielte dort den Sohn eines vermöglichen Bauern auf; dessen Vater werde ihm auf Verlangen jederzeit 12 000 Mk. Vermögen geben, auch habe er von seinem Dienstherrn noch eine schöne Lohnsumme zu fordern. Auf diesen Schwindel hin kaufte der Angeklagte in Herrenalb ein Haus und erwirkte dessen Auflösung. Neben den Auslagen die hiedurch dem Hausverkäufer entstanden, wird dieser noch viele Mühe und Kosten haben um sein Eigentum wieder zurückzuerwerben. Einen anderen, dem der Angeklagte ebenfalls von seinem Reichtum erzählte, legte er gehörig herüber, er ließ sich von ihm Bechen in bedeutender Höhe bezahlen und veranlaßte ihn, mit ihm eine Reise zu seinem reichen Vater zu machen. Dies kostete den Leichtgläubigen ebenf. als viel Geld und als beide in Stuttgart angekommen waren, verschwand der Angeklagte plötzlich. Der Betrogene suchte den Vater auf und erfuhr, daß er einem Schwindler in die Hände gefallen war.

Wiesbaden, 11. Dez. Wie jetzt bekannt wird, werden die Gesamtkosten des Bahnhofsneubaus nunmehr auf 20 270 000 Mark berechnet. Davon belaufen sich die Grunderwerbskosten auf 5 179 000 Mark.

Auflösung des Reichstags.

Berlin, 13. Dez. Der Reichstag lehnte mit 178 gegen 168 Stimmen den Nachtragsetat für Südwestafrika ab. Darauf verlas der Reichskanzler eine kaiserliche Botschaft, durch welche der Reichstag aufgelöst wird.

Berlin, 13. Dez. Im Reichstag stand heute der erste Nachtragsetat für Südwestafrika zur Beratung. Berichterstatter Spahn (Ztr.) führt aus, daß die geforderte Summe von 29 230 000 Mk. sich als Pauschalsumme darstelle, die sowohl die Kosten für die Unterhaltung der Truppen, als auch für die Heimbeförderung von Teilen derselben enthalte. In der Kommissionsberatung beantragte das Zentrum eine Verminderung der Schutztruppe auf 2500 Mann, stieß aber dabei auf den Widerstand der Regierung und des Generalstabs, so daß die Kommission dem Hause die Entscheidung anheimstellen müsse. Reichskanzler Fürst Bülow führt aus: Die Kommission ist zu einem positiven Resultat nicht gelangt und der Vorschlag, uns schon jetzt für das Etatsjahr 1907 auf eine bestimmte, wesentlich verminderte Truppenzahl festzulegen, ist unannehmbar (Beifall rechts), weil dadurch die Durchführung der militärischen Aktion verhindert würde. Die Folgen würden nicht nur im Verlust des Südens des Schutzgebiets bestehen, sie würden auch die Mitte und den Norden desselben gefährden. (Zustimmung rechts.) Der Ausstand würde naturgemäß auf unsere anderen Kolonien überspringen und allgemein eine Auslehnung gegenge-

die weiße Herrschaft hervorrufen. (Zustimmung rechts.) Eine geringe Schutztruppe würde einer solchen Bewegung nicht gewachsen sein. Wir stehen vor der Frage, ob wir die Kolonie mit verhältnismäßig nicht mehr großen Opfern wiedererobern oder für immer verlieren wollen. (Zustimmung rechts.) Es handelt sich um die letzte Anstrengung, unserer Kolonie dauernde Ruhe und Sicherheit wiederzugeben. Wenn wir vor diesen letzten Opfern zurückschreiten, würden wir uns schwerer Unterlassung und nationaler Versündigung schuldig machen. (Beifall rechts.) Ich kann nicht annehmen, daß der Reichstag einen in finanzieller und militärischer, in politischer und nationaler Hinsicht gleich bedauerlichen und bedenklichen Beschluß fassen wird. Sollte ich mich darin täuschen, so würde ich als verantwortlicher Lenker der Reichsgeschäfte vor dem deutschen Volk und der Geschichte nicht in der Lage sein, eine solche Kapitulation zu unterschreiben. (Beifall und Zustimmung.) Kolonialdirektor Dernburg: Die hier angeforderten Mittel sollen dazu dienen, die Truppen bis zum 31. März zu verpflegen. Die verbündeten Regierungen können sich nicht jetzt schon auf eine bestimmte Truppenzahl, die zurückzubefördern ist, festlegen. Sie sind aber bereit, in das vorliegende Gesetz eine Bestimmung aufzunehmen, entsprechend dem freisinnigen Antrag, nach welcher außer dem üblichen Rücktransport weitere 4000 Mann zurückbefördert werden sollen, aber unter dem Vorbehalt, daß die Kommandogewalt uneingeschränkt bleibt. Die Regierungsvorlage müsse aber im vollen Umfang aufrecht erhalten bleiben.

Reichskanzler Fürst Bülow weist nochmals auf die schwere Verantwortung hin, die das Haus mit seiner Abstimmung übernehme. Es handle sich um unsere Waffenehre, unsere Stellung in der Welt und unser Ansehen. (Lebhafte Unruhe.) Unsere Soldaten wollen jetzt den letzten Widerstand des Gegners brechen. Sollen die Regierungen da kleinlich alles preisgeben? (Lebhafte Unruhe und Bravo!) Ich soll gesagt haben: nur keine Krise! Das ist nicht wahr! Es gibt Tagen, wo das Vermeiden von Krisen ein Zeichen von Feigheit ist. (Zustimmung.) Es handelt sich darum, ob wir unsere Stellung in der Welt behaupten wollen. Man hat gesagt, ich schöbe in dieser Angelegenheit nicht, sondern ich würde geschoben. Ich brauche niemand, der mich schiebt. (Beifall.) Die verbündeten Regierungen werden ihre Pflicht tun im Vertrauen auf das deutsche Volk. (Beifall.)

Berlin, 13. Dezember. Bei der Abstimmung wurde zunächst der Freisinnige Vermittlungsantrag mit 176 gegen 171 Stimmen abgelehnt. Es folgte die Abstimmung über die Regierungsvorlage. Für die Regierungsvorlage stimmten 168, dagegen 178. Die Regierungsvorlage ist somit abgelehnt. Nunmehr erhob sich der Reichskanzler und erklärte, er habe eine kaiserliche Botschaft zu verlesen. (Großer Beifall und Händeklatschen auf den Tribünen.) Der Reichskanzler verlas hierauf die Botschaft, durch welche der Reichstag aufgelöst wird. Nach der Verlesung erhob sich

stürmischer Beifall, der sich auch auf den Tribünen fortsetzte. Präsident Graf Ballestrem brachte ein Hoch auf den Kaiser aus, in welches das Haus begeistert einstimmte. (Die Sozialdemokraten hatten, wie üblich, den Saal verlassen.)

Berlin, 13. Dezember. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt in einer Sonderausgabe: „Der Reichstag ist der Auflösung verfallen, weil seine Mehrheit den verbündeten Regierungen die Mittel zur Erfüllung einer nationalen Aufgabe versagt hat durch die Ablehnung der für die Zukunft Südwesafrikas unerlässlichen Forderungen, die Deutschlands Stellung in der Welt empfindlich bedroht. Sache der deutschen Regierung ist es, darauf Antwort zu geben. Schwer genug wiegt schon, was ein nationaler Besitzstand in Südwesafrika durch sich selbst bedeutet, was es uns geworden ist durch das Blut ermordeter deutscher Männer und Frauen, durch die schweren, hingebungsvollen Kämpfe unserer Truppen, durch das Leid und den Heldentod so vieler Braven, und was es uns nach dem Urteil von Männern des Landes wirtschaftlich noch werden kann in dem Augenblick, wo über die Zukunft dieses so teuer erkauften Schutzgebietes ein günstiger Stern aufgeht. Die von Sachverständigen als unentbehrlich erklärten Streitkräfte willkürlich verringern, heißt unter den gegenwärtigen Umständen die kaum gesicherte Kolonie neuen Gefahren aussetzen und den Maßregeln zur erdgültigen fruchtbringenden Aneignung unseres südwestafrikanischen Besitzes von vornherein das Rückgrat brechen. Aber es handelt sich nicht bloß um Südwesafrika. Wie wir dort durchhalten, ob wir mit zäher Opferwilligkeit vorwärts gehen oder nach kaum erreichter Beseitigung der größten Gefahr wieder ermaten, ist bei der jetzigen politischen Gesamtlage für uns selbst und unsere Mitbewerber im überseeischen Wettkampf zum Prüfstein dafür geworden, ob Deutschland überhaupt der Entwicklung von einem europäischen Großstaat zur Weltmacht fähig ist. Unter unseren Augen vollzieht sich von verschiedenen Seiten her kraftvolles Aufstreben auf von der Kultur noch nicht erschlossenen Gebieten. Wir erleben als Zeitgenossen den Aufschwung des wachsenden Amerikas und Japans Imperialismus; Frankreich gründet ohne Zaudern und Knäufeln ein riesiges Kolonialreich in Afrika. Und Deutschland soll nicht einmal in energischer Behauptung und Verwertung des Erworbenen Schritt halten dürfen? Für die verbündeten Regierungen und für den Reichskanzler gab es in dieser Frage kein Markten, kein Partieren. Als die Mehrheit

des Reichstags den ablehnenden Beschluß faßte gegen die Minderheit, in der die Rechte, die Nationalliberalen und die bürgerliche Linke zusammenstanden, machte Fürst Bülow nochmals das Haus auf die schweren Konsequenzen aufmerksam. Freimütig und fest erklärte er, daß hier nicht ein Kampf zwischen parlamentarischem und persönlichem Willen geführt werde, sondern daß eine selbstverständliche Pflicht den verbündeten Regierungen nur einen einfachen und geraden Weg weise. „Niemand drängt mich, niemand schiebt mich, wenn Sie wollen, so haben Sie die Krisis!“ Trotz des Ernstes dieser Ansage blieb die aus dem Zentrum und den Sozialdemokraten bestehende Mehrheit in dieser, dem deutschen Volk aus Herz und an seine Ehre gehenden Sache bei ihrer kleinmütig-verbissenen Ablehnung. Die Nation hat zu entscheiden, ob sie sich eine solche Vertretung ihrer Interessen und ihres Ansehens gefallen lassen will!“

Berlin, 15. Dez. Die Reichstagswahlen finden am 25. Januar statt.

Aus Stadt und Umgebung.

Neuenbürg, 13. Dez. Dem „Enztz.“ wird geschrieben: Die Landtagswahl am 5. ds. Mts. hat eine Entscheidung nicht gebracht; es sind deshalb die Wähler unseres Bezirks vor eine zweite Wahl gestellt. Während die sozialdemokratischen Stimmen in unserem Industriebezirke wieder um einige Hundert, jedoch nicht in dem von der sozialdemokratischen Partei selbst erhofften Maße angewachsen sind, hat sich das Stimmenverhältnis zwischen Deutscher und Volkspartei zu Ungunsten der ersteren verschoben. Wenn schon vor der ersten Wahl ein Zusammengehen dieser beiden Parteien, welche im letzten Landtag in liberaler Vereinigung das große Werk der Verfassungsreform zu Stande gebracht haben, allgemein erhofft wurde, so ist dies durch das Verhalten der Volkspartei, welche einen Kompromiß mit der Deutschen Partei abgelehnt hat, vereitelt und dadurch eine zweite Wahl notwendig geworden. Es muß ausdrücklich wiederholt betont werden, daß nicht die Deutsche Partei, sondern die Volkspartei es war, welche ein Zusammengehen dadurch verhinderte, daß sie gleich mit einem eigenen Kandidaten auftrat. Sie glaubte auf einmal den Bezirk im Sturm erobern zu können. Nunmehr hat, wie gestern aus Stuttgart bekannt geworden ist, die Volkspartei ein Bündnis mit der Sozialdemokratie vereinbart, so daß jede der beiden Parteien in gewissen Nachwahlbezirken ihre Kandidaturen

zu Gunsten der anderen Partei zurückgezogen hat. Die Volkspartei hat damit ihr wahres, vor den Wahlen aber noch wohlweislich verhülltes Gesicht gezeigt. Wenn nun unser Bezirk speziell von dieser Abmachung ausgenommen worden ist und hier die Entscheidung durch die Wähler stattzufinden hat, so geschah dies wohl in der Annahme, daß besonders die Deutsche Partei der Volkspartei zu Hilfe kommen werde. Diese Volkspartei. Parole kann nun aber die Deutsche Partei, welche von jeher die stärkste in unserem Bezirk war, nicht anders beantworten, als durch den Beschluß, ihre Kandidatur aufrecht zu erhalten. Dieser Standpunkt, daß nach alledem der Deutschen Partei ein Zusammengehen unmöglich ist, wurde in einer gestern abend aus Anlaß der jüngsten volksparteilichen Parole abgehaltenen Versammlung der Deutschen Partei, welche zahlreich, auch von anderen Bezirksorten besucht war, in unzweideutiger Weise zum lebhaften Ausdruck gebracht. Es wurde geradezu als Erleichterung angesehen, daß nunmehr der etwas lahme Grundsatz: bei Entscheidungen zwischen Demokratie und Sozialdemokratie willenlos das „Kleinere Uebel“ zu wählen, fallen und der Kampf aufgenommen werden soll. Weite Wählerkreise haben diesen Grundsatz längst als einen „überlebten“ und als einen taktischen Fehler angesehen der der Volkspartei ihre listige Politik erleichtert und der Deutschen Partei die so unentbehrliche Stoß- und Werbekraft geraubt hat, auch wird vielfach die Meinung vertreten, daß der von der Deutschen Partei bisher befolgte Grundsatz des unbedingten Regierens der Sozialdemokratie einer Revision und Milderung bedürfe. Was speziell den volksparteilichen Kandidaten in unserem Bezirke betrifft, so hat dessen persönliches Auftreten, wie dessen unsympathische Art der Agitation, die auf jeden unbefangenen Mann von Bildung geradezu abstoßend wirken mußte, vollends zu der Stellungnahme der Deutschen Partei beigetragen. Die gestrige Parteiversammlung hat den einmütigen Beschluß gefaßt, für die Nachwahl an der volksparteilichen Kandidatur des Herrn Dr. Kehm ohne Rücksicht auf die Folgen festzuhalten. Es ist nach all den Vorgängen Ehrenpflicht der Deutschen Partei, mit allem Nachdruck in den Wahlkampf einzutreten und es dadurch einem jeden möglich zu machen, seiner nationalen und liberalen Gesinnung Ausdruck zu geben. Hoffen wir, daß alle ihre Anhänger durch vollzählige Stimmenabgabe ihre Pflicht erfüllen.“

Wähler-Versammlungen.

Am Sonntag den 16. Dezember
wird

Hr. Dr. Kehm

in Neuenbürg um 3 $\frac{1}{2}$ Uhr im Gasth. z. „Bären“,

in Wildbad abends 8 Uhr im Gasth. z. „gold. Ochsen“,

über die politische Lage sprechen; es wird zu zahlreichem Besuche hiemit freundl. eingeladen.

Das Wahlkomité der Deutschen Partei.

Landtagsnachwahl.

Bei der am 5. Dezember 1906 stattgehabten Wahl eines Landtags-Abgeordneten für den Oberamtsbezirk Neuenbürg sind auf Herr Professor Hoffmann in Stuttgart 1797 Stimmen, Herr Handelskammer-Sekretär Dr. Kehm in Ulm 962 Stimmen und Herr Gemeinderat Wasner in Stuttgart 2257 Stimmen gefallen, 19 Stimmen waren zersplittert. Es hat somit keiner der Bewerber mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhalten. Es ist daher die Vornahme eines zweiten Wahlganges auf

Dienstag den 18. Dezember 1906

anberaumt worden.

Demgemäß findet die neue Wahl in dem Abstimmungsdistrikt Nr. 34, umfassend Stadtteil und Wohnsitz rechts der Enz mit Kleinenzshof, Lautenhof und Windhof an dem eben genannten Tag in demselben Lokal, wie die erste Wahl, nämlich auf dem

Nathause in Wildbad

und für den Abstimmungsdistrikt Nr. 35, umfassend Stadtteil und Wohnsitz links der Enz mit Christofshof, Grünhütte, Hochwiese, Kälbermühle, Koblhänsele, Lehenfägmühle, Kollwasser, Nonnenmish, Sprollenhaus, Sprollenmühle und Ziegelhütte in dem

Volksschulgebäude, Zimmer parterre links in Wildbad

statt. Die Wahlhandlung beginnt am **Dienstag den 18. Dezember 1906, vormittags 10 Uhr** und wird geschlossen 7 Uhr abends.

Die Wahl wird auf Grund derselben Wählerlisten, nach denselben Abstimmungsbezirken und bei gleicher Besetzung der Wahlkommission wie die erste Wahl vorgenommen.

Zur Wahl ist nur derjenige zugelassen, welcher in der Wählerliste aufgenommen ist.

Die Wahlen erfolgen durch unmittelbare und geheime Stimmabgabe der Wahlberechtigten.

Jeder Wähler, welcher seine Stimme abgeben will, nimmt von einer in der Nähe des Eingangs zu den Absonderungs-Vorrichtungen besonders aufzustellenden Personen (Amtsdiener, Polizeidiener u. dergl.) einen gestempelten Umschlag in Empfang und begibt sich an den abgesonderten Tisch, wo er seinen Stimmzettel in den Umschlag steckt; er

tritt sodann an den Tisch, an welchem die Distriktwahlkommission sitzt, nennt seinen Namen und gibt, wenn der Abstimmungsdistrikt aus mehreren Gemeinden besteht, seinen Wohnort, in Orten, in welchen die Wählerliste nach Straßen und Hausnummern aufgestellt ist, seine Wohnung an. Hat der Protokollführer den Namen des Abstimmenden in der Wählerliste aufgefunden, so legt der Wähler selbst den Umschlag unverschlossen in die Wahlurne.

Wähler, welche durch körperliche Gebrechen gehindert sind, an den abgesonderten Tisch zu treten oder ihren Stimmzettel eigenhändig in den Umschlag zu verbringen und diesen in die Wahlurne zu legen, dürfen sich der Beihilfe einer Vertrauensperson bedienen.

Die Stimmzettel müssen von weißem Papier und dürfen mit keinem äußeren Kennzeichen versehen sein.

Stimmzettel, welche nicht in einem amtlich gestempelten oder welche in einem mit einem Kennzeichen versehenen Umschlag oder von Wählern abgegeben werden wollen, die sich nicht zuvor an den abgesonderten Tisch begeben haben, hat der Wahlvorsteher zurückzuweisen.

Die Distriktwahlkommission entscheidet über sich ergebende Umstände.

Bei dem neuen Wahlgang haben wiederum sämtliche Wahlberechtigte, wie beim ersten Wahlgang abzustimmen, es entscheidet aber nunmehr in dem zweiten Wahlgang die verhältnismäßige (relative) Stimmenmehrheit und im Falle der Stimmgleichheit das durch die Hand des Vorsitzenden der Oberamtswahlkommission zu ziehende Los.

Während der ganzen Wahlhandlung steht jedem Wähler der Zutritt zu dem Wahllokal offen. Es dürfen jedoch daselbst außer den Beratungen und Beschlüssen der Distriktwahlkommission, welche durch die Leitung des Wahlgeschäfts bedingt sind, weder Beratungen stattfinden, noch Ansprachen gehalten, noch Beschlüsse gefaßt, noch Stimmzettel aufgelegt oder verteilt werden.

Um 7 Uhr abends erklärt der Wahlvorsteher, daß nur noch diejenigen Wähler zur Stimmabgabe zugelassen werden, welche im Wahllokal bereits anwesend sind. Die in diesem Falle noch zuzulassenden Wähler werden von den übrigen im Wahllokal anwesenden Personen in geeigneter Weise getrennt gehalten; erforderlichenfalls werden die Türen des Wahllokals auf kurze Zeit, jedoch höchstens bis zur Beendigung der Abstimmung abgeschlossen.

Als Wahlvorsteher ist bestellt: für den Abstimmungsdistrikt Nr. 34: Herr Stadtschultheiß Baekner, zu dessen Stellvertreter im Berhinderungsfalle: Herr Stadtpfleger Gutbub und für den Abstimmungsdistrikt Nr. 35: Herr Heinrich Baekner, ref. Schultheiß und zu dessen Stellvertreter: Herr Hofapotheker Dr. Metzger.

Wildbad, den 14. Dez. 1906.

Ortsvorsteher:
Baekner.

An die Wähler!

Die Volkspartei hat die von der Deutschen Partei angeregten Verhandlungen über gegenseitige Unterstützung in hierzu geeignet erscheinenden Wahlkreisen kurzer Hand abgelehnt, weil sie mit der Sozialdemokratie einen Generalpakt durch das ganze Land in erster Linie gegen die Deutsche Partei abgeschlossen hat.

Dieses Verhalten der Volkspartei ist umso verletzender, als die Deutsche Partei im ersten Wahlgang schon in selbstloser Weise die Volkspartei in Rottweil, Rottenburg, Gmünd, Balingen und Göppingen unterstützt hat.

Die volle Verantwortung für die Folge dieses Beschlusses fällt auf die Volkspartei selbst zurück. Der Landesauschuß der Deutschen Partei hat sich daher genötigt gesehen, den Bezirksvereinen der Deutschen Partei unbedingtes Festhalten an den selbständigen Kandidaturen zu empfehlen.

Angeichts der von der Volkspartei zur Nachwahl ausgegebenen Wahlparole, welche durch das ganze Land eine Verbrüderung mit der sozialdemokratischen Partei bestimmt, hat eine stark besuchte Versammlung des nationalliberalen Vereins von Neuenbürg und Umgebung und die liberale Vereinigung in Wildbad beschlossen, unbedingt an der deutschparteilichen Kandidatur ohne Rücksicht auf die Folgen festzuhalten.

Dementsprechend werden die bürgerlichen nationalen und liberalen Wähler ersucht, ihre Stimmen auf den bisherigen Kandidaten

Dr. Kehm

zu vereinigen.

Das Wahlkomitee der Deutschen Partei.

Bekanntmachung.

Es ist Anlaß gegeben, darauf aufmerksam zu machen, daß zur gegenwärtigen **Schonzeit der Forellen** (10. Oktober bis 10. Januar) und während weiteren sechs Wochen nach beendeter Laichzeit wegen der für Fischzucht zu befürchtenden Nachteile **Euten in die Enz und in andere Fischwasser, wo sich Forellen vorherrschend aufhalten, nicht zugelassen werden dürfen.**

Zuwiderhandlungen sind nach Art. 9 des Fischereigesetzes vom 27. Nov. 1865, Par. 12 der Ministerial-Verfüg. vom 1. Juni 1894 7. Oktober 1898, Art 39 P. Str. G. B. strafbar.

Neuenbürg, den 3. Dezember 1906. **A. Oberamt**
Amtmann Gaiser.

Vorstehendes wird hiemit zur Kenntnis der Einwohnerschaft gebracht.

Wildbad, 13. Dezember 1906. **Stadtschultheißenamt:**
Bäghner.

Canaria- u. Vogelzüchterverein Wildbad.

Die Mitglieder des Vereins werden hiermit zu einer **Besprechung** über die am 27. ds. stattfindende

Generalversammlung

in die Restauration **Palmengarten** auf **Samstag, den 15. ds., Abends 8 Uhr**

freundlichst eingeladen. **Der Vorstand.**



Fleischkonserven

aller Art,

Fleisch- und Wurst- waren

nach **Braunschweiger, Westphälischer und Thüringer Art**
in nur bester Qualität und von feinstem Geschmack liefert die **Württ. Fleischwarenfabrik Tübingen.**
Zu haben in allen einschlägig. besseren Geschäften.
Man verlange ausdrücklich unsere Ware.
Außer Fleisch- haben wir auch Trichinen-Beschau eingeführt und können wir für größte Reinheit und Dauerhaftigkeit unserer Waren garantieren!

Viele Anerkennungen.

Wegerschmalz einheimisches, garantiert reines echtes Schweineschmalz mit feinem Ortbengeschmack. in 10 Pfd.-Blechdosen à M. 6.50 sowie in emaillierten Blechgefäßen als:

Eimer	20-30 Pfd.	p. Nachn. od. Voreinsfg. des Betrags. Für Holzgeb. bef. Preisl. zu Diensten. Eugen Kappler, Strohheim-Teil 126 Württ.
Ringhafen	12-40 "	
Wassertopf	12-40 "	
Teigschüssel	20-50 "	

Nachnahmegebühren vergütet sofort.

Kleine
Anzahlung!

Kredit

Leichte
Abzahlung!

Waren- u. Möbel- Kredithaus

Julius Ittmann Nachf.

Pforzheim

westliche Karl-Friedrichstr. 42.

Herren-
Konfektion:

Herren-Anzüge
Burschen- "
Knaben- "
Paletots,
Pelerinen etc.

Gardinen,
Tischdecken,
Teppiche.

Möbel

Betten
Polsterwaren!

Grosses Lager in einzelnen Möbeln als:

Kleiderschränke,
Küchenschränke,
Vertikos,
Spiegelschränke,
Waschkommoden,
Büffets,
Schreibtische,
Divans,
Sophas etc.

Damen-
Konfektion:

Grösste Auswahl in
Jackets,
Kostumes,
Kostüm-Röcken,
Blusen,
Pelze etc.

Kleiderstoffe,
Manufakturwaren,
Schuhwaren.

Bürgerliche

Wohnungs-Einrichtungen

in 3 Etagen übersichtlich aufgestellt.

Große Weihnachtsausstellung in Kleinmöbel.

Sonntags bis Abends geöffnet.

Vor der Entscheidung!

Mitbürger! Wähler! Der 18. Dezember bringt die Entscheidung, wer in den nächsten sechs Jahren unser Oberamt im Landtag vertreten soll. Die große Stimmenzahl, die der Kandidat der Sozialdemokratie

Gemeinderat Otto Wasner in Stuttgart

bei der ersten Wahl am 5. Dezember erhalten hat, war ein Beweis, daß die Mehrheit der Wähler volles Vertrauen zu der Tätigkeit der Sozialdemokratie in der Abgeordnetenversammlung hat und daß sie davon überzeugt ist, in der Person des sozialdemokratischen Kandidaten eine geeignete und würdige Vertretung unseres Oberamts zu bekommen.

Mitbürger! Wähler! Dieses Vertrauen ist auch vollständig gerechtfertigt. Unsere Partei und damit unser Kandidat sehen es als ihre Pflicht an, die Interessen des Bezirks, sowie das Wohl des ganzen Landes nie aus den Augen zu verlieren. Unser Kandidat wird gewissenhaft und energisch dafür eintreten, daß die Kammer der Abgeordneten als vom Volke gewählt auch den Willen des Volkes zu beachten, die Bedürfnisse des Volkes zu berücksichtigen und bei ihren Beschlüssen dies zum Ausdruck zu bringen hat.

Nicht demütiges Unterwerfen, sondern mannhaftes Eintreten für freies Selbstbestimmungsrecht des Volkes;

keine einseitige Interessenvertretung, sondern Förderung des Gesamtwohls;

keinerlei Nachgeben gegen Rückschrittsbestrebungen, sondern energisches Fördern des Fortschritts auf allen Gebieten;

Können und Wissen soll sich nach der geistigen, sowie wirtschaftlichen Seite jederzeit frei entfalten können.

Die Sozialdemokratie ist dafür bekannt, daß sie jederzeit gewissenhaft für das den Wählern unterbreitete Programm eintritt, daß sie mannhaft und unentwegt für die Forderungen des arbeitenden Volkes kämpft.

Arbeiter! Bauern! Handwerker! Sorgt dafür, daß unser Oberamt durch den Kandidaten vertreten wird, der uns den energischen Kampf gegen drohende Reaktion bietet.

Wählt nicht eure Feinde, sondern wählt eure Freunde, wählt den Kandidaten der Sozialdemokratie

Otto Wasner, Parteisekretär und Gemeinderat in Stuttgart.

Das sozialdemokratische Wahlkomité.

Die beliebtesten
Nichtträufelnden
Weihnachtskerzen
hat auch dieses Jahr die
Firma
Anton Heinen
im Alleinverkauf. Man
achte auf die Marke **Schlie-**
ses Licht. Tropfen selbst
im Winkel 45° gestellt nicht.

MAGGI'S
Suppen- Würze
u. Speisen- Würze
praktisches
Weihnachts-
geschenk!

Evang. Gottesdienste.

3. Advent.

Predigt: vorm. 9/10 Uhr:
Stadtvicar Dr. Baur.

Christenlehre mit den Töch-
tern nachm. 1 Uhr: Stadtpf. Auch.

Bibelstunde in der Kleinkinder-
schule: Abends halb 8 Uhr: derselbe.

Feiertag Thomas (21. Dez.)
Predigt: vorm. 9/10 Stadtvicar
Dr. Baur.